

LSVD-Bundespressestelle, Postfach 04 01 65, 10061 Berlin

Telekom AG  
René Obermann

Friedrich Ebert Allee 14099

53113 Bonn

**Bundespressestelle**

Renate Rampf

Chausseestraße 29

10115 Berlin

Tel. (030) 78 95 47 78

Fax (030) 78 95 47 79

presse@lsvd.de

www.lsvd.de

27. März 2013

### ***Verantwortung der Telekom für die Menschenrechte von Lesben und Schwulen***

Sehr geehrter Herr Obermann,

die russische Regierungspartei hat einen Gesetzentwurf in die Duma eingebracht, der darauf abzielt, Homosexualität zu Tabuisieren sowie Lesben und Schwule zu kriminalisieren. Das Gesetz sieht vor, die öffentliche „Propagierung“ für Homosexualität mit empfindlichen Geldstrafen von umgerechnet bis zu 12.500 Euro bestrafen

Durch die bewusste Offenheit des Begriffs „Propagierung“ können jedes Sprechen über Homosexualität und der offene Umgang mit der eigenen lesbischen oder schwulen Identität als Anlässe zum Einschreiten gesehen werden. Die Erfahrungen zeigen, dass schon die Ankündigung eines solchen Erlasses zur Brutalisierung der Öffentlichkeit führt. Willkürlich werden Bürgerinnen und Bürger angegriffen, allein weil vermutet wird, dass es sich um Homosexuelle handelt.

Die Bestimmungen des geplanten Anti-Homosexuellengesetzes verletzen die Artikel 1, 10, 11 und 14 der von Russland unterschriebenen Europäischen Menschenrechtskonvention. Die geplante Gesetzgebung betrifft auch die Deutsche Wirtschaft. Wenn das Gesetz verabschiedet wird, betrifft das auch Ihre Berufs- und Handlungsfreiheiten:

Die Zielgruppe der Homosexuellen ist fortan ein Tabu. Lesbische Kolleginnen und schwule Kollegen werden durch dieses Gesetz eingeschüchtert, Familienväter und -mütter können im Betrieb nicht von ihren homosexuellen Kindern sprechen und nicht zuletzt sind auch Ihre Kundinnen und Kunden betroffen, weil sie ihre Identität vor Ihnen und Ihrem Unternehmen verstecken müssen. Das Gleiche gilt für Ihre Wirtschaftspartner, auch da gibt es homosexuelle Angestellte und Kunden, die fortan ihre Kraft nicht in die Arbeit, sondern in ein Versteckspiel stecken müssen.

Wir bitten Sie, nehmen Sie Stellung. Machen Sie deutlich, dass die Telekom ihre Mitarbeitenden und Kunden vor Homophobie schützen wird.

Bitte zeigen Sie Ihre Auffassung auch im Dialog mit Ihren russischen Partnerinnen und Partnern. Lassen Sie keinen Zweifel daran, dass in Ihrem Unternehmen Nichtdiskriminierung und Diversity gelten. Respekt und Vielfalt sind Standortvorteile, auf die die Wirtschaft nicht verzichten kann. Zeigen Sie mit Ihrer Expertise, dass ein solches Gesetz nicht nur dem Ansehen von Russland in Deutschland, sondern auch den wirtschaftlichen Zielen schaden wird.



**Axel Hochrein**  
LSVD-Vorstand



**Bernd Schachtsiek**  
Vorstand Völklinger Kreis



**Jana Wechselmann**  
Vorstand Quarteera

